

Verantwortung für den Frieden, nicht für den Krieg!

Der alte wie der neue Bundespräsident, die Kanzlerin, das so genannte "Verteidigungs-" ministerium, das Bundeskabinett und drei von vier Bundestagsfraktionen werden nicht müde zu erklären, dass Deutschland mehr „Verantwortung für die Welt“ übernehmen müsse.

Darunter versteht die Große Koalition:

- einen neuen Rekord der deutschen Rüstungsexporte,
- ein Aufrüstungsprogramm von 130 Milliarden Euro für die Bundeswehr bis 2030,
- die Verdoppelung des Rüstungshaushaltes auf 70 Milliarden Euro im nächsten Jahrzehnt,
- die Stationierung der Bundeswehr in Litauen, an der Grenze zu Russland,
- die Aufstellung einer schnellen Eingreiftruppe für Osteuropa und die Übernahme deren „Speerspitze“ durch die Bundeswehr,
- Kriegsbeteiligung der Bundeswehr im Irak und in Syrien,
- den Aufbau einer EU-Armee zusätzlich zu den bereits bestehenden europäischen „battlegroups“,
- Bundeswehreinätze in Mali, in weiteren afrikanischen Ländern, Afghanistan und im Mittelmeer.

Verbunden sind diese militärischen Maßnahmen mit politischem Säbelrasseln und einer konfrontativen Politik, nicht nur gegen Russland, mit einer Unterstützung des Krieges der Türkei gegen Kurden, nicht nur im Irak und in Syrien, sondern auch hier in Deutschland.

Die Kriege der letzten Jahre, die in Jugoslawien, Afghanistan, im Irak, in Libyen, in Syrien und anderswo, oft mit deutscher Beteiligung, immer aber mit Unterstützung durch die militärische Infrastruktur in Deutschland geführt wurden, beweisen, dass eine solche Politik nicht verantwortungsbewusst, sondern verantwortungslos ist.

Die militärische Durchsetzung vorgeblich der sogenannten „westlichen Werte“, die in Wirklichkeit der Sicherung von Rohstoffen und ihren Transportwegen, Märkten und Machtinteressen dient - also zur Sicherung der profitablen Geschäfte der Banken und Konzerne - hat zu

massenhaftem Tod, Verzweiflung, Hunger und Verelendung geführt. Millionen Menschen wurden in die Flucht getrieben.

Wir verlangen eine Politik, die endlich Verantwortung für die Menschen im In- und im Ausland übernimmt: Eine Politik für den Frieden!

Deshalb fordern wir:

- Schluss mit der Aufrüstung der Bundeswehr, mit der Produktion von Kriegswaffen und mit Rüstungsexporten!
- Atomwaffen raus aus Deutschland! Die nukleare Komplizenschaft mit den USA muss beendet werden. Die Bundesregierung muss die Bereitstellung der Tornado-Flugzeuge und das Training der Bundeswehr für den Einsatz der Atomwaffen beenden und den Stationierungsvertrag für die Lagerung der US-Atomwaffen kündigen. Für ein Verbot und die Vernichtung aller Atomwaffen weltweit!
- Schluss mit allen Auslandseinsätzen der Bundeswehr! Nein zum Einsatz der Bundeswehr im Inneren!
- Auflösung der NATO und der Militärstrukturen der EU. Bundeswehr abschaffen.
- Keine Beteiligung Deutschlands am Konfrontationskurs gegen Russland – weder an Kriegsmanövern, noch an der Militärpräsenz in Osteuropa.
- Solidarität und offene Grenzen für Zufluchtssuchende. Schutz und Sicherheit für alle Opfer aus Kriegsgebieten und den von Hunger, Armut und Umweltzerstörung heimgesuchten Ländern. Das Massensterben im Mittelmeer muss beendet werden. Die Schutzsuchenden brauchen legale Einreisemöglichkeiten nach Europa. Keine Abschiebungen! Kriegsdienstverweigernden gehört uneingeschränktes Asyl.
- Kein "Werben fürs Sterben" - die Bundeswehr ist kein normaler Arbeitgeber. Bundeswehr raus aus Schulen, Messen, Unis! Keine Kindersoldaten in Deutschland und der Welt!
- Stoppt die Aufrüstung weltweit, Milliarden für Menschen, nicht für Waffen!

Lasst uns an Ostern laut und deutlich unseren Widerstand gegen Krieg, Aufrüstung und Militarisierung auf die Straße tragen. Frieden und Abrüstung ist unser Ziel!

Stuttgart Karsamstag, 15. April 2017

**5 vor 12 Uhr: Auftakt zum Ostermarsch in der
Lautenschlagerstr. (beim Hbf)**

ca.14. Uhr Abschlusskundgebung Schlossplatz

u.a. mit Konrad Ott (1. Bev. IG Metall Ludwigsburg)
Paul Schobel (Betriebsseelsorger a.D.)
Düzzgün Altun (DIDF Bundesvorstand)
Betül Havva Yilmaz (Akademiker für Frieden)
und „Los Cholerikos“

bisher rufen u.a. auf (29.3.2017)

Friedensnetz Baden Württemberg • DFG-VK Baden-Württemberg und Stuttgart • DIDF Baden-Württemberg • DIDF Stuttgart • Die Linke Baden-Württemberg • Die Linke Stuttgart • DKP Baden-Württemberg • Friedensbündnis Esslingen • Friedensbüro Heilbronn • Friedensinitiative Bruchsal • Friedensplenum / Antikriegsbündnis Tübingen • Friedenstreff Bad Cannstatt • Friedenstreff Stuttgart Nord • Informationsstelle Militarisation Tübingen (IMI) • Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr. Lernen für den Frieden“ • Lebenshaus Schwäbische Alb - Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie e.V. • Naturfreunde in Baden-Württemberg • Ohne Rüstung Leben • Pax Christi Rottenburg-Stuttgart • SDAJ Baden-Württemberg • VVN-Bund der Antifaschisten Baden Württemberg e.V. • Waldheim Gaisburg e.V.

Karin Binder, MdB Die Linke, Karlsruhe • Anette Groth, MdB Die Linke, Stuttgart • Heike Hänsel, MdB Die Linke, Tübingen • Berndt Hecktor, Weissach i.T. • Richard Pitterle, MdB Die Linke, Sindelfingen • Reinhard Püschel, DKP-Stadtrat, Heidenheim • Lydia Trüten, IG Metall Vertrauensfrau, Esslingen • Thomas Trüten, IG Metall Vertrauensmann, Esslingen • Werner Winter, Heilbronn •

Friedensnetz Baden Württemberg,

Sprennergasse 45, 70372 Stuttgart, Tel. 0711 6071784, Fax 600718, info@friedensnetz.de, www.friedensnetz.de,

Spendenkonto f. Friedensarbeit: Förderverein Frieden e.V.
VB Stuttgart, DE95 6009 0100 0563 1310 04

Konto f. Organisationsbeiträge zum Ostermarsch: P.
Russmann Skto. Friedensnetz, DE52 6001 0070 0006 5207 06

V.i.S.d.P.: Dieter Lachenmayer

 **stermarsch 2017:**

**Verantwortung
für den Frieden -
nicht für den Krieg!**



Stuttgart

Karsamstag, 15. April 2017

5 vor 12 Uhr Lautenschlagerstr. am Hbf

14 Uhr Schloßplatz

www.friedensnetz.de